

## Überregionaler Pressespiegel 31.12.2011

Junge Welt | 31.12.2011

### Handydatensammlung wieder möglich

Sachsens Justizminister will, »so es geht«, auf Funkzellenabfrage bei Protest gegen Neonazis verzichten

Sachsens Justizminister Jürgen Martens (FDP) hat am Freitag im Gespräch mit der Nachrichtenagentur dapd nicht ausgeschlossen, daß es bei den Protesten gegen die am 13. und 18. Februar 2012 geplanten Neonaziaufmärsche in Dresden erneut zu einer Handydatensammlung in großem Stil kommt. »So es geht, soll auf eine Funkzellenabfrage verzichtet werden«, sagte Martens. Aber: »Wer gewalttätig ist, muß damit rechnen, daß gegen ihn mit allen zulässigen Mitteln vorgegangen wird, also auch nötigenfalls seine Daten von den Ermittlungsbehörden abgefragt werden.« Die Rechte friedlicher Demonstranten wolle man dagegen schützen. Wie dies aber bei der Datensammlung per Funkzellenabfrage unterschieden werden soll, sagte er nicht. Die Behörden fragen dabei Telekommunikationsverbindungsdaten ab, die in einer bestimmten räumlich bezeichneten Funkzelle in einem bestimmten Zeitraum anfallen. Je nach Geographie und Ausbau des Netzes beträgt der Durchmesser einer Funkzelle wenige hundert Meter oder mehrere Kilometer.

Über eine Million Datensätze von etwa 330000 Mobilfunknutzern hatte die Dresdner Polizei während des Großeinsatzes im Februar 2011 mittels Funkzellenabfrage gespeichert. Der sächsische Datenschutzbeauftragte Andreas Schurig hatte diese Maßnahme wegen mehrerer Verstöße gegen geltende Gesetze verurteilt. Schurig forderte neben einer Benachrichtigung der Betroffenen eine »unverzögliche Reduzierung des gespeicherten Datenbestands« und die »Sperrung des Rohmaterials«. Sachsens Justizminister Martens betonte am Freitag, es handle sich dabei »nur um sogenannte Verkehrsdaten, also keine Namen und Anschlußinhaber«. Zu den Verkehrsdaten gehören jedoch notwendigerweise die Nummern oder Kennungen der beteiligten Anschlüsse.

Staatsanwaltschaft und Polizei hätten auch nicht grundsätzlich alle Verkehrsdaten erfaßt, »sondern eingeschränkt, beispielsweise innerhalb bestimmter Uhrzeiten an Orten, wo bestimmte Straftaten passierten.«

Auch im kommenden Februar wollen antifaschistische Gruppen die Neonaziaufmärsche in Dresden durch Massenblockaden verhindern. Wer dabei telefonieren muß, darf mit Erfassung rechnen. (dapd/jW)

<http://www.jungewelt.de/2011/12-31/042.php>

---

Lausitzer Rundschau | 31.12.2011

### Erneute Handydaten-Abfrage auf Prüfstand

Dresden. Die für 2012 geplanten Neonazi-Aufmärsche und Gegendemonstrationen in Dresden rufen wieder die Sicherheitsbehörden auf den Plan: Die Dresdner Staatsanwaltschaft und das sächsische Justizministerium schließen eine erneute Abfrage von Handydaten im Februar nicht aus.

Bundesweit in die Schlagzeilen geraten war Sachsens Landeshauptstadt wegen der Daten-Abfrage erstmals bei den Demonstrationen im vergangenen Februar. Dabei sammelte die Polizei mit richterlicher Erlaubnis eine Million Handydaten – zumeist allerdings von friedlichen Demonstranten und Anwohnern. Datenschützer liefen Sturm dagegen.

Hintergrund der Ereignisse sind die Luftangriffe der Alliierten am 13. Februar 1945, bei denen Dresden stark zerstört wurde. Rechtsextremisten versuchen seit Jahren, die Trauer um die Toten für ihre politischen Zwecke zu missbrauchen. Weil sich ihnen inzwischen am Trauertag eine Menschenkette mit Tausenden Teilnehmern friedlich entgegenstellt, versuchten mehr als 3000 Rechtsextreme, in diesem Jahr erstmals auch am 19. Februar aufzumarschieren.

Doch es blieb beim Versuch. 17 000 Menschen protestierten friedlich dagegen und verhinderten die Aufmärsche. Am Rande kam es aber zu gewalttätigen Ausschreitungen zwischen Linksextremen, Polizei und Neonazis. Rund 100 Polizisten wurden laut Innenministerium verletzt. Um die Gewalttäter zu ermitteln, sammelte die Polizei massenhaft Handydaten. Ins Visier gerieten dabei auch Tausende unbescholtene Bürger. Zuvor wurden bereits am 13. und 18. Februar Handydaten erfasst: Die an allen drei Tagen gesammelten Datensätze summierten sich auf etwa eine Million.

Laut dem Landeskriminalamt (LKA) hatte die Polizei am 18. und 19. Februar rund 900 300 Verbindungsdaten erhoben. Am 13. Februar wurden 22 800 Datensätze erfasst. Ausgewertet wurden davon bis heute nach LKA-Angaben 54 800 Bestandsdaten. Es wurden also Telefonnummer und Anschlussinhaber ermittelt. Damit sei die Auswertung weitgehend abgeschlossen. Nur in Einzelfällen würden noch Bestandsdaten erhoben, sagte eine LKA-Sprecherin.

Den Ermittlungsbehörden liegen inzwischen 700 Anträge von Menschen vor, die wissen wollen, ob ihre Handydaten damals gesammelt und ausgewertet wurden, wie der Sprecher der Dresdner Staatsanwaltschaft, Lorenz Haase, sagte. Alle Anfragen würden beantwortet, sicherte er zu.

Bei den Demonstrationen im kommenden Februar soll zwar auf eine Handydatenerfassung, die technisch als Funkzellenabfrage bezeichnet wird, möglichst verzichtet werden. Justizminister Jürgen Martens (FDP) und die Staatsanwaltschaft Dresden schließen aber eine erneute Datensammlung nicht aus. Vorausgesetzt, es kommt wieder zu Ausschreitungen.

Gewalttäter müssten damit rechnen, dass gegen sie mit allen zulässigen Mitteln vorgegangen werde – dass also auch „Daten von den Ermittlungsbehörden abgefragt werden“, sagte Martens. „So es geht, soll auf eine Funkzellenabfrage verzichtet werden“, fügte er hinzu. Friedliche Demonstranten sollten auf keinen Fall eingeschüchtert werden.

„Gewalttäter aber, die mit Molotowcocktails oder Steinen auf Menschen und Sachen werfen und brennende Barrikaden errichten, sollen wegbleiben. Solche Leute bekommen Probleme mit dem Staatsanwalt“, betonte der Minister. Im Fall schwerer Straftaten wie etwa Angriffen auf Polizisten sei eine Handydatenerfassung denkbar, erklärte auch Haase.

Heftige Kritik an der Handydaten-Abfrage in diesem Jahr hatten Datenschützer geübt. Der sächsische Datenschutzbeauftragte Andreas Schurig hatte Polizei und Staatsanwaltschaft in einem Sonderbericht vorgehalten, mit der Sammlung gegen gesetzliche Vorgaben

verstoßen zu haben. (dapd/vc)

<http://www.lr-online.de/nachrichten/sachsen/Erneute-Handydaten-Abfrage-auf-Pruefstand;art1047,3626305>

---

Badische Zeitung | 31.12.2011

### Das braune Puzzle

Auch nach dem Ende der Zwickauer Zelle ist das Ausmaß des rechtsextremistischen Terrors noch immer unklar.

Bald rücken die Bagger an. Das Gebäude, besser das, was noch davon übrig ist in der Frühlingsstraße 26 in Zwickau, soll vom Erdboden verschwinden. Die Stadt hat das schwer beschädigte Mehrfamilienhaus gekauft, in dem einst ein griechisches Restaurant untergebracht war, eine Drogerie und mehrere Wohnungen. Eine, die im Obergeschoss rechts, war am 4. November 2011 in die Luft geflogen. Beate Zschäpe hatte sie gesprengt und in Brand gesteckt. Die 36-jährige Jenaerin hatte Feuer gelegt, um Beweise zu vernichten, während sich ihre Freunde Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt hundert Kilometer entfernt in Eisenach nach einem gescheiterten Banküberfall in einem Wohnmobil das Leben genommen hatten.

Gerade einmal zwei Monate ist das her. Was zunächst wie zwei getrennte Ereignisse aussah – ein Wohnungsbrand in Zwickau und ein Bankräuber-Drama in Eisenach –, es entpuppte sich, je weiter die Ermittlungen der Kriminalpolizei vorankamen, als eines der schauerlichsten Kapitel der deutschen Nachkriegsgeschichte: Jahrelang und unentdeckt waren Neonazi-Mörder durch Deutschland gezogen, hatten neun türkische und griechische Händler und Restaurantbetreiber sowie eine Polizistin erschossen, hatten mehr als ein Dutzend Banken überfallen, ohne dass die Ermittler auf die Idee gekommen waren, es könnte hinter all dem rechtsextremistischer Terror stecken.

Etwa drei Jahre hatten die Rechtsterroristen Mundlos, Zschäpe und Böhnhardt in dem Haus im Zwickauer Stadtteil Weißenborn gelebt, nachdem sie im Frühjahr 1998 nach einer Razzia in Jena untergetaucht waren. Mit dem Abriss des Hauses will die Stadt verhindern, dass ein Wallfahrtsort für Neonazis daraus wird. "Ich sehe ansonsten die Gefahr, dass eine Kultstätte daraus wird", begründet Zwickaus Oberbürgermeisterin Pia Findeis (SPD) den ungewöhnlichen Schritt.

Nach Lage der Dinge wird das Haus längst verschwunden sein, bevor alle Taten, die Strukturen, die Helfer, die einzelnen Details, das gesamte Ausmaß dessen aufgeklärt sein wird, was die Terrorzelle des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) in den vergangenen dreizehn Jahren in Deutschland und womöglich im Ausland angerichtet hat.

Die Bundesanwaltschaft ermittelt, etwa 500 Kriminalisten versuchen, das braune Puzzle zusammenzusetzen. Morde zwischen Rostock, Dortmund und Nürnberg werden neu aufgerollt. Dazu der Mord an der Polizistin Michele Kiesewetter in Heilbronn, ein Nagelbombenanschlag in Köln, sowie zahlreiche Banküberfälle in und um Chemnitz.

Mittlerweile wird nichts mehr ausgeschlossen: In der Schweiz untersucht die Polizei, ob das Zwickauer Trio auch für den Mord an einem Rabbiner verantwortlich ist. Es gibt Spuren, die ins südliche Nachbarland führen.

Eine der Waffen stammt aus der Schweiz. Im Saarland wird untersucht, ob Brandanschläge auf das Konto der NSU gehen. In Erfurt untersucht eine Kommission, ob Landeskriminalamt und Verfassungsschutz in den vergangenen Jahren versagt haben bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus. Klar ist bislang: Die drei hatten zahlreiche Helfer. Die Polizei hat eine Handvoll Verdächtige festgenommen. Ein Mann aus Niedersachsen soll bei der Anmietung von Wohnmobilen geholfen haben. Andere sollen Wohnungen für Unterschlupfe organisiert haben. Es gab Festnahmen vor allem in Sachsen und Thüringen.

Auch wenn das Bild, das die Ermittler zeichnen, erst in groben Zügen erkennbar ist: Es zeigt sich dennoch deutlich, dass die Gefahr von Rechtsextremisten in Deutschland in den vergangenen Jahren klar unterschätzt worden ist. Vielleicht war man auf dem rechten Auge nicht blind, aber gewiss stark kurzsichtig.

Vermutlich das wird sich ändern: "Ich bin froh, dass endlich mal darüber geredet wird", sagt Bodo Ramelow. Er ist Fraktionschef der Linken im Erfurter Landtag und Mitglied der Parlamentarischen Kontrollkommission für die Geheimdienste (PKK). "Als ich noch Gewerkschaftsfunktionär war und vor Rechtsextremisten warnte, hatte ich sofort den Verfassungsschutz an der Hacke."

Verkehrte Welt in Thüringen: Der Verfassungsschutz beharkte sich unter Leitung des exzentrischen Präsidenten Helmut Roewer jahrelang mit Gewerkschaftern und Linken. Rechtsextremisten wie Tino Brandt waren Verbindungsleute des Verfassungsschutzes und kassierten Spitzelgeld. Über 200 000 Mark flossen so in die Kassen der Rechten und förderten am Ende eine Szene, die eigentlich ausgetrocknet werden sollte. Thüringens Verfassungsschützer, auch das deutet sich an, waren eher Teil des Problems als Teil einer Lösung.

In Thüringen ist die Sprachlosigkeit vorüber, die von Christine Lieberknecht geführte CDU/SPD-Regierung müht sich, ihrerseits Licht in das Dunkel zu bringen. Man redet ernsthaft miteinander, CDU-Politiker haben aufgehört Links und Rechts gleichzusetzen, wie das noch zu Zeiten der Ministerpräsidenten Bernhard Vogel und Dieter Althaus üblich war. "Plötzlich bekommen Oppositionspolitiker Antworten mit Hand und Fuß", beschreibt Ramelow die neue Gemeinsamkeit.

Ein Anfang. Im Nachbarland Sachsen, wo einst ein Ministerpräsident Kurt Biedenkopf überheblich verkündete, die Sachsen seien "immun" gegen Rechtsextremismus und Nachfolger Stanislaw Tillich (CDU) sowieso alle unangenehmen und heiklen Themen seinen Ministern überlässt, ist man noch nicht so weit. In Dresden droht im Februar anlässlich des Gedenkens an die Bombenopfer von 1945 zudem wieder einmal ein Neonazi-Aufzug aus ganz Europa, dem sich Tausende Menschen entgegenstellen werden. Außerdem stellt sich erneut die Frage: Was ist erlaubt, was verboten, wenn sich Menschen dem braunen Gesindel in den Weg stellen, Plätze blockieren und Polizisten dazwischen stehen, die dummerweise das Demonstrationsrecht von Verfassungsfeinden wie der NPD beschützen müssen?

Vielleicht kommt ja 2012 endlich ein fundiertes Verbotsverfahren gegen die NPD in Gang. Nach dem Auffliegen des NSU-Terrors gibt es genügend Stimmen auch in der CDU, die nach dem Scheitern 2003 einen neuen Versuch wagen wollen. Auch wenn die Taten der NSU längst noch nicht geklärt sind: Engste Verbindungen von NPD-Leuten zu den Terroristen sind erwiesen. Neben Beate Zschäpe, die in Köln in Untersuchungshaft sitzt, sind vier weitere Verdächtige festgenommen worden, darunter der frühere NPD-Funktionär Ralf Wohlleben aus Thüringen. Er soll den Terroristen eine Waffe besorgt haben.

Noch sind nur Striche und Umriss erkennbar. Beate Zschäpe, die über ein Geständnis, eine Kronzeugenregelung und Haftverkürzung nachgedacht hatte, schweigt. Morde, soviel deutet sich an, kann man ihr nicht nachweisen. Für das Anzünden des Zwickauer Hauses drohen ihr maximal zwei Jahre Haft.

<http://www.badische-zeitung.de/deutschland-1/das-braune-puzzle--54233115.html>

---

Neues Deutschland | 31.12.2011

### Die Welt in Bewegung

Ereignisreiches Protestjahr 2011: Vom Arabischen Frühling bis zur Rekommunalisierung

Der Arabische Frühling hat zu Beginn des Jahres 2011 die Welt in Bewegung versetzt. Erst begehrten die Menschen in Nordafrika nach gesellschaftlicher Erneuerung. Wenig später klagte die Jugend weltweit in Zeiten der Finanzkrise politische Mitbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe ein. Sie eint der Widerstand - gegen Despoten und Spardiktate - und die Kreativität ihres Protestes.

Im Mai schwappte der Arabische Frühling nach Spanien über. Dort versammelten sich die »Empörten« der »Bewegung des 15. Mai« und besetzten wochenlang zentrale Plätze wie die Puerta del Sol in Madrid. Auch die »Occupy«-Bewegung besetzte nach dem Vorbild des ägyptischen Tahrir-Platzes wichtige Orte in den Börsenzentren, zuerst in New York (oben), dann in London und Frankfurt am Main. Die »99 Prozent« demonstrierten bald in allen Großstädten der USA und Westeuropas.

In Griechenland legten Streiks die Städte lahm, teils militante Proteste richteten sich gegen die alte und die neue Regierung und deren Kürzungsbeschlüsse.

Nach der Atomkatastrophe in Fukushima gingen auch in Deutschland Zehntausende für das Ende der Atomkraft auf die Straße und zwangen Schwarz-Gelb zur Kehrtwende. Nach dem Ausstiegsbeschluss der Bundesregierung stürten im November wieder mehrere tausend Menschen den Castortransport nach Gorleben und verwiesen auf die unbeantwortete Atommüll-Endlager-Frage.

Immer wieder verhinderten Antifaschisten Naziaufmärsche nach dem Beispiel der Blockaden in Dresden im Februar. 2011 war auch ein erfolgreiches Jahr für die direkte Demokratie. In Berlin wurde mit dem Volksentscheid die Rekommunalisierung der Wasserbetriebe eingeleitet. Und in Baden-Württemberg fand die erkämpfte Volksabstimmung zu Stuttgart 21 statt. Nach dem knappen Ausgang geht der Protest gegen das Milliardenprojekt weiter.

<http://www.neues-deutschland.de/artikel/214415.die-welt-in-bewegung.html>

---

## Ergänzungen Überregionaler Pressespiegel 30.12.2011

Weltexpress | 30.12.2011 | 18:46 Uhr

### Erneute Handydaten-Abfrage in Dresden auf dem Prüfstand - Sachsens Justizminister schließt Überwachung von Gewalttätern nicht aus

Dresden (Weltexpress) - Die für 2012 geplanten Neonazi-Aufmärsche und Gegendemonstrationen in Dresden rufen wieder die Sicherheitsbehörden auf den Plan: Die Dresdner Staatsanwaltschaft und das sächsische Justizministerium schließen eine erneute Abfrage von Handydaten im Februar nicht aus.

Bundesweit in die Schlagzeilen geraten war Sachsens Landeshauptstadt deshalb erstmals bei den Demonstrationen im vergangenen Februar. Dabei sammelte die Polizei mit richterlicher Erlaubnis eine Million Handydaten - zumeist allerdings von friedlichen Demonstranten und Anwohnern. Datenschützer liefen Sturm dagegen.

Hintergrund der Ereignisse sind die Luftangriffe der Alliierten am 13. Februar 1945, bei denen Dresden stark zerstört wurde. Rechtsextremisten versuchen seit Jahren, die Trauer um die Toten für ihre politischen Zwecke zu missbrauchen. Weil sich ihnen inzwischen am Trauertag eine Menschenkette mit tausenden Teilnehmern friedlich entgegenstellt, versuchten mehr als 3.000 Rechtsextreme in diesem Jahr erstmals auch am 19. Februar aufzumarschieren.

Doch es blieb beim Versuch. 17.000 Menschen protestierten friedlich dagegen und verhinderten die Aufmärsche. Am Rande kam es aber zu gewalttätigen Ausschreitungen zwischen Linksextremen, Polizei und Neonazis. Rund 100 Polizisten wurden laut Innenministerium verletzt. Um die Gewalttäter zu ermitteln, sammelte die Polizei massenhaft Handydaten. Ins Visier gerieten dabei auch Tausende unbescholtene Bürger. Zuvor waren bereits am 13. und 18. Februar Handydaten erfasst worden: Die an allen drei Tagen gesammelten Datensätze summierten sich auf etwa eine Million.

Laut Landeskriminalamt (LKA) hatte die Polizei am 18. und 19. Februar rund 900.300 Verbindungsdaten erhoben. Am 13. Februar wurden 22.800 Datensätze erfasst. Ausgewertet wurden davon bis heute nach LKA-Angaben 54.800 Bestandsdaten, es wurden also Telefonnummer und Anschlussinhaber ermittelt. Damit sei die Auswertung weitgehend abgeschlossen. Nur in Einzelfällen würden noch Bestandsdaten erhoben, sagte eine LKA-Sprecherin.

Den Ermittlungsbehörden liegen inzwischen 700 Anträge von Menschen vor, die wissen wollen, ob ihre Handydaten damals gesammelt und ausgewertet wurden, wie der Sprecher der Dresdner Staatsanwaltschaft, Lorenz Haase, der Nachrichtenagentur dapd sagte. Alle Anfragen würden beantwortet, sicherte er zu.

Bei den Demonstrationen im kommenden Februar soll zwar auf eine Handydatenerfassung, die technisch als Funkzellenabfrage bezeichnet wird, möglichst verzichtet werden. Justizminister Jürgen Martens (FDP) und die Staatsanwaltschaft Dresden schließen aber eine erneute Datensammlung nicht aus, sollte es wieder zu Ausschreitungen kommen. Gewalttäter müssten damit rechnen, dass gegen sie mit allen zulässigen Mitteln vorgegangen werde - dass also auch "Daten von den Ermittlungsbehörden abgefragt werden", sagte Martens dapd.

"So es geht, soll auf eine Funkzellenabfrage verzichtet werden", fügte er hinzu. Friedliche Demonstranten sollten auf keinen Fall eingeschüchtert werden. "Gewalttäter aber, die mit Molotowcocktails oder Steinen auf Menschen und Sachen werfen und brennende Barrikaden errichten, sollen wegbleiben. Solche Leute bekommen Probleme mit dem Staatsanwalt", betonte der Minister. Im Fall schwerer Straftaten wie etwa Angriffen auf Polizisten sei eine Handydatenerfassung denkbar, erklärte auch Haase.

Heftige Kritik an der Handydaten-Abfrage in diesem Jahr hatten Datenschützer geübt. Der sächsische Datenschutzbeauftragte Andreas Schurig hatte Polizei und Staatsanwaltschaft in einem Sonderbericht vorgehalten, mit der Sammlung gegen gesetzliche Vorgaben verstoßen zu haben. Die Sicherheitsbehörden reagierten mit dermaßen heftiger Kritik an Schurig, dass sich schließlich der Datenschutzbeauftragte des Bundes, Peter Schaar, einschaltete und seinen Amtskollegen verteidigte. (dapd)

[http://www.weltexpress.info/cms/index.php?id=6&tx\\_ttnews\[tt\\_news\]=35092&tx\\_ttnews\[backPid\]=385&cHash=d3a3054367a611e3a6942b156f63366c](http://www.weltexpress.info/cms/index.php?id=6&tx_ttnews[tt_news]=35092&tx_ttnews[backPid]=385&cHash=d3a3054367a611e3a6942b156f63366c)

---